



Foto: Russian Defense Ministry Press Service/AP/dpa

Das russische Militär führt derzeit massive Übungen auf der Krim mit Dutzenden von Marineschiffen und Tausenden von Truppen durch. Truppenaufmärsche auf ukrainischer und russischer Seite nahe dem Konfliktgebiet haben international Besorgnis ausgelöst, dass die Kämpfe in der Ukraine erneut aufflammen könnten.

Ex-Verteidigungsattaché nahm beim Nürnberger „Runden Tisch Ukraine“ Stellung zum Konflikt mit Russland

Nur ein gigantisches Säbelrasseln?

NÜRNBERG – Der Aufmarsch russischer Truppen vor allem im Osten der Ukraine nimmt immer beängstigendere Ausmaße an. Ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis das Säbelrasseln in ein Blutvergießen mündet und Moskau sich die seit sieben Jahren von Separatisten beherrschten Provinzen des Donbass einverleibt?

Angesichts alarmierender Berichte aus der Krisenregion wirkt die Einschätzung eines deutschen Militärs mindestens irritierend: „Wenn sie wirklich angreifen wollten, würden sie es nicht so offen zur Schau stellen“, meint der frühere Bundeswehr-General Reiner Schwalb. Sieben Jahre lang hatte er als Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft in Moskau Gelegenheit, Putins Machtdemonstrationen genauer zu studieren. Jetzt hatte ihn der Partnerschaftsverein Charkiw-Nürnberg zu seinem Runden Tisch Ukraine eingeladen.

Und selbst bei dem Austausch über eine Online-Plattform schien die Besorgnis der Teilnehmer, die sich auch aus anderen Städten zugeschaltet hatten, schier mit Händen zu greifen. Ebenso das Stirnrunzeln darüber, dass der ranghohe Offizier im Ruhestand selbst die massive Konzentration russischer Truppen nahe

den Grenzen zur Ukraine immer noch als vor allem gigantische Drohkulisse einordnete.

Dem 67-jährigen, der in seiner militärischen Laufbahn unter anderem auch in Weiden eingesetzt war, Blauäugigkeit zu unterstellen, ist freilich auch abwegig. Auf seinem diplomatischen Posten hatte er sehr genau verfolgt, wie Russland die Welt mit der Besetzung der Krim kaltschnäuzig vor vollendete Tatsachen stellte. Von Kritik und Sanktionen ließ sich der starke Mann im Kreml nicht beeindrucken. Und einen

Foto: Heilig-Achneck
Reiner Schwalb

Frieden im Donbass – wie ihn der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Wählern in Aussicht gestellt hatte – gäbe es wohl nur zu von Putin diktierten Bedingungen.

Dennoch warnte der frühere Bundeswehr-General vor Schwarz-Weiß-Malerei – ohne die Bedrohung harmlosen zu wollen. Doch erschwere eine Aufteilung nach dem Schema „hier die Guten, dort die Bösen“ die Suche nach Auswegen oder gar Lösungen. So sehr die „Aufständischen“ in Luhansk und Donezk von Moskau auch unterstützt wurden, hätten dort doch keine regulären russischen Verbände eingegriffen.

Zur aktuellen Zuspitzung, so Schwalb, habe nicht zuletzt die Veränderung der weltpolitischen Lage durch den Wechsel im Weißen Haus in den USA beigetragen: Aus russischer Sicht könnte die Regierung in Kiew versucht sein, nach Trumps Ablösung auf tatkräftige Unterstützung aus Washington zu spekulieren. Zumal der ukrainische Präsident Selenskyj gegen sinkende Popularität kämpfe und womöglich eine patriotische Chance wittere, die abtrünnigen Provinzen wieder voll unter eigene Kontrolle zu bringen.

Als warnendes Beispiel erinnert Schwalb an den Kaukasuskrieg 2008 und das, was er die „georgische Falle“ nennt: Im Konflikt mit dem übermächtigen Nachbarn hatte das kleine Land geglaubt, den Westen auf seiner Seite in Zugzwang zu bringen – doch die Rechnung ging nicht auf.

Gegen solche Gedankenspiele sei die russische Machtdemonstration gerichtet, so der deutsche Beobachter. „Russland will vor allem den Sonderstatus der Provinzen sichern.“ Womöglich könnte ein Autonomie-

Status mit einem föderalen System den Konflikt entschärfen, doch davon will man in Kiew (bisher) nichts wissen.

Nachdrücklich plädiert Schwalb für den Einsatz einer Friedenstruppe zur Überwachung der Grenzen zwischen Russland und der Ukraine. „Es braucht neutrale Kräfte“, unterstreicht er. Wobei viele Fragen offen bleiben – und es ziemlich unvorstellbar scheint, dass sich Moskau auf so etwas einlassen könnte.

An Anläufen und Versuchen zu einer gewaltlosen Konfliktlösung hat es indes nicht gefehlt: Schwalb war selbst an einem aufwändigen Mediationsprojekt beteiligt. Es bestand darin, dass sich die Konfliktparteien gegenseitig ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen und Haltungen samt deren Entstehung vor Augen führen – um aus den Sackgassen der eigenen Ideologien herauszufinden.

Doch ganz oben in den Führungsetagen dürfte davon nicht viel angekommen sein. „Jetzt hängt viel davon ab, ob und wie es gelingt, Auswege zu finden, bei denen der russische Präsident sein Gesicht wahren und die Kräfte im Inneren in Balance halten kann“, unterstreicht Schwalb.

Wolfgang Heilig-Achneck

Justiz in Weiden ermittelt im Schleuser-Skandal

ISTANBUL/WEIDEN – Funktionäre der Partei des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sollen über staatlich organisierte Delegationsreisen bis zu 1000 Menschen nach Deutschland geschleust haben (wie berichtet) – die Bundespolizei hat deshalb ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dieses prüft nun die Staatsanwaltschaft Weiden in der Oberpfalz. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Gökay Akbulut zurück. Die Teilnehmer sollen bis zu 8000 Euro für die Reisen bezahlt haben. NZ

Entlastung bei Strompreisen

BERLIN – Die schwarz-rote Koalition hat sich auf milliardenschwere Entlastungen der Verbraucher bei den Strompreisen geeinigt. Dazu soll die Ökostromumlage auch 2023 und 2024 mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt stabilisiert werden, wie die Verhandlungsführer von Union und SPD am Donnerstag mitteilten. Vereinbart wurden außerdem für das Jahr 2022 zusätzliche Ausschreibungsmengen für die Windenergie an Land sowie für Photovoltaik. Die EEG-Umlage ist ein wesentlicher Bestandteil der Stromrechnung. Damit sie nicht drastisch steigt, hatte die Bundesregierung die Umlage für 2021 und 2022 mit milliardenschweren Steuergeldern aus dem Haushalt stabilisiert. dpa

Terror-Verdächtiger in Italien festgenommen

ROM – Knapp fünf Jahre nach dem islamistischen Lkw-Anschlag im südfranzösischen Nizza mit 86 Toten ist in Italien ein mutmaßlicher Komplize des Attentäters festgenommen worden. Es handelt sich um einen 28-jährigen Albaner, wie die Polizei in der Nacht zu Donnerstag mitteilte. Er solle Waffen an den Attentäter verkauft haben, berichteten italienische Medien. Der mit einem europäischen Haftbefehl Gesuchte sei in der Nähe der Stadt Caserta nördlich von Neapel festgenommen worden. Italiens Innenminister dankte den Ermittlern. Die Festnahme habe auch die Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit gezeigt, sagte Luciana Lamorgese. dpa

US-Präsident legt bei virtuellem Klimagipfel umfangreiches Programm vor und beendet Trumps Verweigerungshaltung

Joe Biden zeigt sich ehrgeiziger als einst Barack Obama

VON FRANK HERRMANN

WASHINGTON – US-Präsident Joe Biden hat den East Room, den Prunksaal des Weißen Hauses, gewählt, um sich als Gastgeber des virtuellen Klimagipfels in Szene zu setzen. Vor ihm ein riesiger Bildschirm, über den nach und nach die Gesichter von vierzig Staats- und Regierungschefs flimmern. Neben ihm sitzt nicht nur Außenminister Antony Blinken, sein wohl engster Vertrauter. Auch John Kerry hat dort Platz genommen, im Laufe seiner Karriere Senator, Präsidentschaftskandidat und Chefdiplomat, heute Sonderbeauftragter für den Klimaschutz. Ein Mann, der unter Amerikas Politikern wie sonst nur Al Gore als Pionier der Klimadebatte gilt. 1992 nahm er bereits an der bahnbrechenden Umweltkonferenz in Rio de Janeiro teil, der ersten, die das Thema Erderwärmung zentral auf die Tagesordnung setzte. Das alte Schlachtross im Rampenlicht: Das allein soll schon signalisieren,

dass sich Washington nach der klimapolitischen Verweigerungshaltung unter Donald Trump zurückmeldet als seriöser Akteur internationaler Zusammenarbeit.

„Kein Land kann die Krise allein lösen“, sagt Biden in seiner Eröffnungsrede. Die Zeichen seien unverkennbar, die Erkenntnisse der Wissenschaft nicht zu bestreiten, die Kosten des Nichtstuns stiegen immer mehr an. „Wir alle, besonders diejenigen unter uns, die die größten Volkswirtschaften der Welt vertreten, müssen zulegen.“ Deshalb setze seine Regierung das Ziel, die Treibhausgasemissionen der USA bis zum Ende des Jahrzehnts zu halbieren. Damit sei man auf dem Weg, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

Was Biden anpeilt, ist ehrgeiziger als das, was Barack Obama zusagte, als er das Pariser Klimaabkommen unterzeichnete. Damals strebten die USA an, ihren Kohlendioxidausstoß bis 2025 um 26 bis 28 Prozent zu reduzieren. Unter Trump, der den Kli-

mawandel als Erfindung Chinas bezeichnete, erfunden, um der amerikanischen Wirtschaft zu schaden, folgte der Rückzieher.

Foto: Brendan Smialowski/afp
US-Präsident Joe Biden als Gastgeber des Klimagipfels.

Der Ausstieg aus der Pariser Vereinbarung ging einher mit einer Welt-sicht, in der Öl und Kohle die Energie-

träger der Zukunft waren. Ökostandards für Autos und Kraftwerke wurden abgesenkt, während die Umweltbehörde EPA Begriffe wie Treibhausgas und Klimawandel aus ihrem Wortschatz streichen musste.

Auf die Vorgeschichte geht Biden mit keinem Wort ein. Überhaupt spart er sich jede Polemik gegen seinen Amtsvorgänger, offenbar in der Absicht, die noch immer zahlreichen Anhänger Trumps nicht zu verprellen. Stattdessen beschwört er den ökonomischen Nutzen der ökologischen Wende. „Wenn die Leute vom Klima reden, denke ich an Jobs“, sagt er. Wenn man aufgegebene Ölbohrungen sicher verschließe, sich um ausrangierte Kohlebergwerke kümere, 500.000 Ladestationen für Elektroautos installiere, bedeute dies Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze.

Damit nennt Biden drei Punkte aus seinem zwei Billionen Dollar schweren Infrastrukturpaket, mit dem er einen Meilenschritt in Richtung klimagerechter Modernisierung

zu gehen versucht. Kernstück ist eine mit 400 Milliarden Dollar bezifferte Kombination aus Subventionen und Steuergutschriften, mit deren Hilfe der Anteil erneuerbarer Quellen am Energiemix gesteigert werden soll. Von 2035 an soll die Stromerzeugung frei von Klimagasen sein.

Offen bleibt allerdings, ob der Kongress, der in Sachen Finanzen das letzte Wort hat, dem Projekt grünes Licht gibt. Biden wird noch jede Menge Überzeugungsarbeit leisten müssen, nicht zuletzt bei skeptischen Parteifreunden, auf deren Stimmen er nicht verzichten kann.

Der chinesische Staatschef Xi Jinping, am Donnerstag nach Biden und UN-Generalsekretär António Guterres der Dritte auf der Rednerliste, wiederholt lediglich, worauf sich sein Land schon zuvor verpflichtet hatte. Noch vor dem Jahr 2030 sollen die Kohlendioxidemissionen Chinas ihren Höchstwert erreicht haben und danach sinken, bis spätestens 2060 Klimaneutralität herrscht.